

# WOHLSTAND DURCH INNOVATION

## WIRTSCHAFTS- UND TECHNOLOGIE- POLITISCHES POSITIONSPAPIER DER JUNGEN UNION BADEN-WÜRTTEMBERG, RHEINLAND-PFALZ UND SAARLAND

*beschlossen am 8. Juli 2012 in Heidelberg*

Herausgeber:

**Junge Union Baden-Württemberg**

Hasenbergstraße 49b, 70176 Stuttgart  
Telefon: 0711 6690453, Telefax: 0711 6690445  
E-Mail: lgs@ju-bw.de

**Junge Union Rheinland-Pfalz**

Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz  
Telefon: 06131 2847-21, Telefax: 06131 5544799  
E-Mail: mail@ju-rp.de

**Junge Union Saar**

Stengelstraße 5, 66117 Saarbrücken  
Telefon: 0681 5845392, Telefax: 0681 585052  
E-Mail: post@jusaar.de

## **Wohlstand durch Innovation**

### **Wirtschafts- und technologiepolitisches Positionspapier der Jungen Union Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland; Beschluss der JU-Südwestkonferenz am 8.7.2012 in Heidelberg**

Deutschlands Wirtschaft ist stabil und erfolgreich – auch in Zeiten der Krise. Gerade jetzt profitiert unser Land dabei von der Exportorientierung und Präsenz der deutschen Wirtschaft auf den weltweiten Wachstumsmärkten. Neben dem niedrigen Zinsniveau und der im europäischen Vergleich über viele Jahre deutlichen Lohnzurückhaltung tragen auch die spürbaren Arbeitsmarktreformen der CDU zum derzeitigen Wirtschaftswachstum bei. Einen entscheidenden Vorteil sehen wir in der ausgewogenen Wirtschaftsstruktur, die unser Land weniger anfällig für Krisen macht. Neben den verschiedenen Industriezweigen im ganzen Bundesgebiet sorgen die über mehrere Generationen geführten Familienunternehmen und der starke Mittelstand im Südwesten in besonderem Maß für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand. Als größte politische Jugendorganisation Europas wissen wir es sehr zu schätzen, im Land mit der europaweit geringsten Jugendarbeitslosigkeit aufwachsen zu können. Der Blick ins Ausland zeigt, dass dies nicht selbstverständlich ist. Damit Deutschland auch in Zukunft ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Land bleibt, fordern wir gezielte Reformen.

#### **1. Steuersystem reformieren, Subventionen überprüfen und deutlich abbauen**

Wir brauchen eine grundlegende und aufkommensneutrale Reform unseres Steuersystems nach den Vorgaben „einfach, niedrig und gerecht“. Die 2003 gefassten Beschlüsse des Leipziger CDU-Bundesparteitags und die Überlegungen des Heidelberger Steuerexperten Prof. Paul Kirchhof gehen in die richtige Richtung. Unser Steuersystem soll den Rahmen für wirtschaftliche Tätigkeit schaffen und weniger wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion wahrnehmen. Wir fordern eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer. Diese muss einfacher werden und weniger Substanzbesteuerung beinhalten. Zudem muss der Bürokratieabbau weiter vorangetrieben werden. Ein einfacheres Steuersystem hätte viele Vorteile gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU).

Wir fordern eine Überprüfung aller bestehenden Subventionen in Deutschland. Eine vor Jahrzehnten eingeführte Subvention ist nicht zwangsläufig auch heute noch notwendig und sinnvoll. Außerdem fordern wir die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Wir erachten es als deutlich sinnvoller, gezielt in Bildungs-, Forschungs- und Verkehrsinfrastruktur zu investieren und damit bundesweit in strukturschwachen Regionen nachhaltige Impulse zu setzen. Auch beim Länderfinanzausgleich sind dringend Änderungen notwendig. Solidarität und Eigenverantwortung müssen wieder in eine Balance gebracht werden. Ein Nehmerland muss echte haushalts- und strukturpolitische Anstrengungen unternehmen und darf die Solidarität der Geberländer nicht missbrauchen. Wir fordern daher die Umwandlung des bestehenden Länderfinanzausgleichs in ein Anreizsystem. Nur die Bundesländer, die nachweislich ihre Haushalte konsolidieren und Schulden abbauen, sollen einen Vorteil aus dem Länderfinanzausgleich haben.

## **2. Energiewende zügig, aber sinnvoll umsetzen**

Deutschland steht in der Energiepolitik vor einer Herkulesaufgabe. Wir fordern eine zügige, aber sinnvolle Umsetzung der Energiewende, denn Deutschlands Wirtschaft braucht eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung. Wir sehen die Gefahr, dass zu hohe Preise und Versorgungsunsicherheiten die Deindustrialisierung Deutschlands einleiten. Hohe Energiekosten sind heute bereits für viele Unternehmen der wichtigste Kostenfaktor. Wir befürworten den im Zuge der Energiewende beschlossenen Ausbau der Stromerzeugung aus regenerativen Energieträgern. Die Förderung regenerativer Energien darf jedoch nicht zur Wachstumsbremse werden. Daher müssen die erneuerbaren Energien einer marktwirtschaftlichen Basis zugeführt und deren Förderung wettbewerbsfähig ausgestaltet werden. Außerdem müssen der Ausbau von leistungsfähigen Stromnetzen und Speichern sowie eine signifikante Steigerung der Energieeffizienz erfolgen. Wir sind der Überzeugung, dass die Umsetzung der Energiewende in Deutschland einer bundesweiten Koordinierung durch eine unabhängige Instanz bedarf. Politisches Handeln ist in diesem Zusammenhang notwendig, um großflächige Versorgungsengpässe oder Netzinstabilitäten zu vermeiden, die für die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende und für viele produzierende Unternehmen verheerende Folgen hätten. Daher fordern wir die Ernennung eines Energiekoordinators, der direkt im Kanzleramt angesiedelt ist und dem ausreichende Kompetenzen übertragen werden.

### **3. Fachkräftemangel bekämpfen**

Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands ist eng mit seinen qualifizierten Arbeitskräften verknüpft. Daher muss der guten Aus- und Weiterbildung der Menschen in Deutschland in Zukunft eine noch größere Bedeutung beigemessen werden. An der Bildung darf nicht gespart werden. Wir sind davon überzeugt, dass sowohl die Talente eines jeden einzelnen Menschen als auch die Bedürfnisse der Wirtschaft in einem gegliederten Schulsystem am besten berücksichtigt werden können. Deshalb sprechen wir uns ganz klar gegen die von Grünen, SPD und Linken bevorzugte Einheitsschule aus. Um dem großen Bedarf an fachlich gut ausgebildeten Arbeitskräften gerecht zu werden, brauchen wir sowohl eine bessere Qualifizierung inländischer Arbeitskräfte als auch eine gezielte Zuwanderung ausländischer Experten in Schlüsselbranchen.

Wir freuen uns, dass in Deutschland ein steigendes Interesse am Beruf des Ingenieurs zu verzeichnen ist. Jedoch besorgt uns die enorme Durchfallquote in den Ingenieurstudiengängen. Um die vielen motivierten Studenten bei der erfolgreichen Beendigung ihres Studiums stärker zu unterstützen, fordern wir mehr Investitionen in die Verbesserung der Studienbedingungen. Ebenso wichtig ist für uns die Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Wir sind strikt dagegen, ältere gegen jüngere oder jüngere gegen ältere Arbeitnehmer auszuspielen. Allerdings müssen wir die Chancen der jüngeren und älteren Arbeitnehmer besser nutzen, z.B. indem Arbeitsfelder flexibler zugeschnitten werden. Ältere Arbeitnehmer sollten frühzeitig für neue Aufgabengebiete qualifiziert und darauf vorbereitet werden. Die Erfahrung älterer Arbeitnehmer ist ein Schatz, den unsere Gesellschaft nicht verlieren darf.

Um dem Phänomen des Fachkräftemangels mit Nachdruck begegnen zu können, bedarf es einer strategischen Steuerung und einer besseren Koordination der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die Junge Union fordert daher Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen auf, dieses Thema zur „Chefsache“ zu machen und ein Konzept zu erstellen, wie die Aktivitäten zwischen den verschiedenen Ministerien und der Arbeitsagentur für Arbeit stärker koordiniert und effektiver zum Erfolg geführt werden können.

#### **4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern**

Eine moderne Gesellschaft wie die deutsche profitiert von der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern gleichermaßen. Wir freuen uns über jede Frau in Führungsverantwortung, halten jedoch die Einführung einer Frauenquote für den falschen Ansatz. Um den Anteil von Frauen im Erwerbsleben zu erhöhen, ist vor allen Dingen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nötig. Deshalb befürworten wir den Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Kommunen, Land, Bund und Unternehmen stehen gemeinsam in der Pflicht. Flexible Arbeitszeiten und Modelle sind in Phasen größerer familiärer Belastungen ein probates Mittel, um eine Berufsaufgabe oder einen längeren Ausstieg zu verhindern. Flexibilität am Arbeitsplatz ist für die Erwerbstätigen nicht nur in der Zeit der Kindererziehung, sondern auch während der Pflege älterer oder erkrankter Angehöriger notwendig. Das Arbeiten von zuhause aus kann genauso ein Weg sein wie Teilzeitmodelle.

#### **5. Richtige Ansätze der Rentenreformen weiterführen statt zurückdrehen**

Wir freuen uns über die gestiegene Lebenserwartung der Menschen in Deutschland. Wenn wir unser Rentensystem nur annähernd aufrecht erhalten wollen, muss die Rente mit 67 unbedingt beibehalten werden. Dennoch ist eine grundlegende Reform des Rentensystems mit Hinblick auf die nachwachsenden Generationen unausweichlich. Im Jahr 2008 kamen auf 100 Personen im erwerbstätigen Alter 34 Personen im Rentenalter. Dies entspricht 3 Beitragszahlern je Rentner. Im Jahr 2060 werden, die Rente mit 67 berücksichtigt, auf 100 Erwerbspersonen 59 Personen mit Rentenbezügen treffen. Dies ergibt eine Quote von 1,7 Beitragszahlern je Rentner. Daher muss über eine noch stärkere private Altersvorsorge und die Ausgestaltung der bisherigen Rentenversicherung diskutiert werden. Dabei gibt es zahlreiche Reformansätze. So könnte eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, beispielsweise auf 70 ergebnisoffen und ohne Hysterie geprüft werden. Ebenso sollte die Idee, auf geleistete Beitragsjahre statt aufs Lebensalter bei der Rentenberechnung abzustellen, geprüft werden. Als junge Generation erwarten wir von allen Verantwortungsträgern der älteren Generationen eine faire Betrachtung und Entscheidung. Nur wenn man unserer Generation Spielräume lässt, kann sie den gestiegenen Erwartungen gerecht werden und den gewonnenen Wohlstand der Gesamtgesellschaft halten und weiter mehren.

Die zum 1.1.2013 geplante Rentenbeitragskürzung lehnen wir ab. Unserer Meinung nach ist es für die kommenden Generationen sinnvoller, die derzeitigen konjunkturbedingten Überschüsse in den Rentenkassen als „Demografie-Rücklage“ zu verwenden statt die Beiträge, wie nach aktueller gesetzlicher Lage geplant, Ende des Jahres von 19,6% auf etwa 19% zu senken. Angesichts der in ein paar Jahren stark ansteigenden Beträge (> 22%) sollte der Rücklagenzeitraum in den Rentenkassen von derzeit 1,5 auf 3 Monatsausgaben erhöht werden. Beim Thema demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit ist es für uns von zentraler Bedeutung, dass die Politik nachhaltige Entscheidungen trifft und keine Effekthascherei betreibt.

## **6. Infrastruktur erhalten und ausbauen, Technologiefreundlichkeit steigern**

Der Wirtschaftsstandort Deutschland kann in Zukunft nur mit einer funktionierenden Infrastruktur wettbewerbsfähig und erfolgreich sein. Die bestehenden Straßen- und Schienennetze müssen daher wirtschaftsfreundlich erhalten und wo nötig ausgebaut werden. Wir kritisieren die Verhinderungstaktik der von Grünen und SPD geführten Landesregierungen im Südwesten bei notwendigen Baumaßnahmen. Als technologiefreundliche Jugendorganisation bekennen wir uns klar zu Zukunftsprojekten wie Stuttgart 21. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland die Herausforderungen der Zukunft nur mit einer technologiefreundlichen Haltung erfolgreich wird meistern können. Diese gilt es deshalb auch im öffentlichen Bewusstsein zu steigern.

## **7. Mittelstand stärken: Finanzierung von innovativen Projekten erleichtern**

Es ist mehr als eine Redewendung: der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Hier werden seit Jahrzehnten unternehmerische Erfolgsgeschichten geschrieben und Arbeitsplätze nachhaltig gesichert. Häufig beruht der Erfolg auf der Weitergabe von Erfahrung, dem Wissenstransfer über Generationen hinweg und den dadurch entstehenden Innovationen. Allerdings empfinden kleine Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern fehlendes Eigenkapital als starkes Hemmnis für eigene Innovationsaktivitäten. Viele KMU beklagen mangelnde Finanzierungsbereitschaft der Hausbanken für Innovationsprojekte. Für uns steht fest: der Zugang zu Kapital für KMU muss erleichtert werden.

## **8. Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen**

Wissenschaftliche Innovationen sind die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wir begrüßen daher die strategische Ausrichtung der Forschungs- und Innovationspolitik der CDU-geführten Bundesregierung. In der High-Tech-Strategie der Bundesregierung sind die Herausforderungen unserer Zeit klar benannt. Dazu gehören die Bereiche Gesundheit, Ernährung, demografischer Wandel, Mobilität, Klima, Energie und Rohstoffe sowie Kommunikation und IT-Sicherheit. Schlüsseltechnologien für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen wie Nanotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik, Biotechnologie oder Mikro- und Nanoelektronik kommt in der Forschungs- und Innovationspolitik erhebliche Bedeutung zu. Wir sprechen uns für eine noch engere Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aus, damit noch mehr Ausgründungen stattfinden und gute Ideen in Produkte verwandelt werden. Gute Ideen dürfen nicht in Schubladen verschwinden, sondern müssen schnell umgesetzt werden. Wir begrüßen daher die Einrichtung von Technologieparks und fordern den Ausbau von Orten des Technologietransfers. Hier sollten auch die Weiterbildungsmöglichkeiten zu Innovationsprozessen ausgebaut werden. Von Kontakten und Kooperationen mit Universitäten, Hochschulen und FuE-Einrichtungen profitieren derzeit laut IHK Baden-Württemberg vor allem Unternehmen mit über 250 Mitarbeitern, jedoch kaum kleine Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern. Hier besteht noch Nachholbedarf. Es ist wichtig, dass der Zugang zu Wissenschaftsinstitutionen für KMU erleichtert wird. Wir können uns hier noch mehr Verbundlösungen vorstellen, bei denen sich mehrere kleinere Unternehmen zu einem Forschungsprojekt zusammenschließen. Der Nutzen von Clustern muss gerade für kleine Unternehmen transparenter gemacht werden. Nicht in Clustern agierende Unternehmen dürfen bei öffentlichen Fördermaßnahmen nicht benachteiligt werden.

Unseres Erachtens können gesellschaftliche Großprojekte, wie z.B. die Energiewende, nur gelingen, wenn alle Beteiligten auf allen Ebenen stärker zusammenarbeiten. Hier sollten sich neben den Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auch potente deutsche Stiftungen über Pilotprojekte hinaus mehr engagieren. Deutschland muss an einem Strang ziehen und die Entwicklung innovativer Lösungen befördern.

## **9. Vermarktung technologischer Innovationen intensiv fördern**

Wir sind davon überzeugt, dass die Innovationskraft von Hochschulen und Instituten als Grundlage für langfristiges Wirtschaftswachstum verstärkt genutzt und eine sichtbare Startup- bzw. Gründungskultur etabliert werden muss. Dazu ist eine Stärkung privater und öffentlicher Seed- und Early-Stage-Investments nötig. Instrumente wie der teils mit öffentlichem, teils privatem Wagniskapital ausgestattete High-Tech-Gründerfonds sind erste, richtige Ansätze. Es gibt aber noch viele weitere Möglichkeiten, um die Gründung wissens- und forschungsintensiver Startups zu ermutigen. Letztlich geht es darum, ein sichtbares unterstützendes „Ökosystem“ für potenzielle Unternehmer aus dem In- und Ausland zu schaffen, um die Attraktivität des Standorts Deutschland auch für ausländische Gründer zu stärken. Schließlich ist die deutsche Innovationskraft der Schlüssel für unseren zukünftigen Wohlstand.